Nummer 213

Bezugs-Preis ohne Bringerlohn: Vierteljährlich für Berlin 8 Mk. 70 Pf., für ganz Deutschland durch die Post 10 Mk. 20 Pf., für das Ausland mit dem entsprechenden Aufschlag. Kreuzbandsendungen 25 Mk.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstraße 37

Bestellungen werden angenommen bei allen Postanstalten, Zeitungsspediteuren und unserer Geschäftsstelle

Berliner Börsen-Zeitung

Morgen-Ausgabe

64. Jahrgang

Anzeigen-Preis: Die 9 gespaltene Zeile 1,30 Mk. Reklamezeile 4 Mk.

Als besondere Beilagen erscheinen: Ergänzungen zum Kurszettel, Zinsschein-Kalender, Deutsche Lebensvers.-Gesellschaften, Allgem. Verlosungslisten mit Restanten, Ziehungslisten der Preuß.-Südd. Klassenlotterie und viele andere tabellarische Uebersichten

Die Zeitung erscheint i. d. Woche dreizehnmal

Zuschriften an die Geschäftsstelle direkt erbeten.

Telegramm-Adresse: „Börsenkrone“ | Fernsprecher der Schriftleitung und Geschäftsstelle: Zentrum 243 u. 12352 | Sonntag, 11. Mai 1919 | Fernsprecher der Druckerei: Zentrum 2488 | Postscheck-Konto: Berlin 26412

Oberschlesien und die Friedensbedingungen.

Aus Oberschlesien wird uns geschrieben:

Es hieße Phrasen dreschen, wollte man von einem besonderen Eindruck der Friedensbedingungen auf Oberschlesien berichten, wie etwa die Nachricht auf die Deutschen „nie erschmetternd“, auf den politisch-aktiven Teil der Polen „begeisternd“ gewirkt habe. Weder sah irgend jemand diese himmelhoch jauchzend, noch jene zu Tode betrübt. Denn die Friedensbedingungen der Entente, soweit sie Oberschlesien betreffen, waren jedem auch nur einigermaßen Interessierten vorher zur Genüge bekannt. Jedermann in diesen schweigsamen, realpolitisch durchgebildeten und der Phrase abholden Lande hatte für die jeder Mitteilung der polnischen Presse und der polnischen Redner folgenden amtlichen, stets ohne Begründung und Sachdarstellung gegebenen Ableugnungen nur ein Lächeln — ein schmerzliches oder ein hämisches Lächeln, je nachdem — denn die polnischen Kundgebungen waren logisch und ohne jeden Widerspruch, die deutschen Ableugnungen dagegen beinahe rührend naiv und in jenem Stil der Obrigkeit gehalten, die ohne Autorität und ohne Kredit ist, kurz gesagt: der Obrigkeit unserer Zeit. Zwar hatten sich der (sozialdemokratische) Herr Staatskommissar für Oberschlesien und die sozialdemokratischen Funktionäre der Partei, der Gewerkschaften und, ach, auch der Arbeiterräte nach den zu ihrer Verfügung stehenden geistigen Kräften redlich Mühe gegeben, Deutschen wie Polen Wind vorzumachen, hatten statt von der polnischen Gefahr von den Gefahren der „Reaktion“ geschwätzt, aber darauf hatte im ganzen oberschlesischen Lande doch niemand etwas gegeben. Die breite Masse hätte sich ihre Wirksamkeit, soweit sie auf die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, der Steigerung der Bergmannslöhne zur Höhe des Gehalts eines Amtsrichters in mittleren Jahren gerichtet war, gefallen lassen — leider nicht achtend der Tatsache, daß die Heim-Industrie, der diese goldenen Eier abgepreßt wurden, hierdurch langsam mit erwürgt wurde — und die Kaufmannschaft, in deren Taschen die goldene Ernte glitt, schwieg, es schwiegen die Kleinbürger und Beamten, die durch die hohen Löhne der Arbeiter auf dem Nahrungsmittelmarkte außer Wettbewerb und dem langsamen Verhungern ausgesetzt wurden, zu solcher Wirksamkeit, um des armseligen Lebens wenigstens sicher zu sein, um, während sie selbst geduldig hungerten, „Hungerrevolten“ der Massen hintanzuhalten.

Oberschlesien schwieg auch jetzt, zu der Bekanntgabe der Friedensbedingungen. Was es, da es sich um die Extrablätter der Zeitungen riß — die es danach schweigend las — leidenschaftlich zu wissen begehrte, war, was die bisher in Angst und Schweigen harrende, scheinbar allein unwissende Regierung zu dem nun „amtlich“ gewordenen Ungeheuren sagen würde, und unter Schweigen, kopfschüttelnd gingen Deutsche wie Polen nach Hause, als sie darüber nichts zu lesen vorfanden. So will man uns denn im Stiche lassen? klagten die Deutschen bei sich. So will man uns Oberschlesien schenken? triumphierten leise die Polen. Beide aber, Deutsche wie Polen, gingen danach friedlich heim, um in den engeren Kreisen, die seit den Tagen der Revolution und der verstärkten polnischen Hoffnungen der Vertraulichkeit in Oberschlesien gezogen sind, sich dem Meinungsaustausch über die zukünftige Gestaltung der Dinge hinzugeben. Die Polen sind voll — bisher keinesfalls enttäuschten — Vertrauens auf die Schlaffheit der deutschen Regierung und der politischen wie wirtschaftlichen Urteilslosigkeit der breiten Massen in Deutschland. Die Deutschen vertrauen vorerst auf die ihnen günstige machtpolitische Lage im Osten. Sie sagen sich sehr mit Recht, daß kein Teufel uns Oberschlesien nehmen kann, wenn wir unser immer noch vorhandenes, was Mann wie Waffe und Material betrifft, überlegenes Gewicht im Osten entschlossen in die Wagschale zu werfen uns äußerstenfalls bereit halten. Ziehen wir uns mit einem Teil unserer Kräfte, die gegen Rußland stehen, zum Schutz der ostpreußischen Grenze zurück, lassen wir den Russen gegen die Polen freie Bahn, drücken wir vom Norden, von der Netzefront und von Oberschlesien gleichzeitig auf die Polen, so ist Polen erdrückt, ehe ihm irgend welche Hilfe gebracht werden kann. Unter den Soldaten unserer Heimat herrscht jene Begeisterung, die nur der Verteidigung des Höchsten und Besten, der eigenen Scholle und des eigenen Hauses und Herdes zu entsprießen vermag. Gegen mögliche innere Unruhen sind Zeitfreiwillige aufgerufen, und ihnen, denen der Schutz der Familien gegen Banden anvertraut werden soll, strömen die alten Soldaten zu, sie, die in der schlesischen Landwehr ganz anderen Kräften, als es die Polen-Franzosen der Armee Haller sind (deren Einfall nicht befürchtet zu werden braucht) oder polnisch-spartakistische Banden, die im Laufe der Wirren sich hie und da, jenseits und diesseits der Grenze bilden könnten. Die Deutschen Oberschlesiens warten nur auf eines: das erlösende Nein! der Regierung, um danach allen Möglichkeiten gewappnet gegenüber zu stehen.

Wir Deutschen Oberschlesiens erhoffen die Rettung nicht allein von der Regierung und von dem Militär. Wir erhoffen sie von der Entschlossenheit des ganzen deutschen Volkes, namentlich um Osten, das ohne den deutschen Besitz Oberschlesiens, ohne Kohle und Eisen, ohne Zink und Blei, ohne jede Industrie von Bedeutung also dastehen würde, das niemals wieder eine Handelsflotte sich erbauen könnte, das keinerlei Austauschwerte behielt, um Getreide und Fett, Futtermittel für das Vieh, Beleuchtungsstoffe und Kolonialwaren in das Land zu bekommen, das auswandern müßte, um den Fremden mit seinem Geist und seinen Kräften, seiner Energie und seiner Geschicklichkeit zu dienen, dessen stolze Städte zerfallen würden und dessen magernde Scholle nur wenigen noch ein kurzes Dasein zu fristen gönnen würde. Weiß man überall in Deutschland, daß in Oberschlesiens Boden — den billigsten Friedenswert angenommen — für über 1500 Milliarden Mark Kohle schlummern? Daß diese Kohle, die aus mehr als 60 Gruben gefördert wird, bei 2000 Jahre ausreichend ist, um wie im besten Friedensjahre die Industrie mit Kohle zu versehen? Weiß man, daß drei Viertel des deutschen Zinks, über ein Sechstel der Weltproduktion, in Oberschlesien gefördert werden? Weiß man, daß die jährliche Produktion Oberschlesiens an die Milliarde heranreicht? Daß sie ungeahnter Steigerungen fähig ist? Daß die 100 Millionen Steuern, die Oberschlesien im Frieden einbrachte, zu weiteren hunderten Millionen ansteigen würden und allein es Deutschland ermöglichen würden, aus dieser Zeit des Elends wieder herauszukommen?

Oberschlesien arbeitet! Wir vertrauen, daß selbst, wenn im Osten die ganze Welt zusammenbräche, der oberschlesische Industriearbeiter, wenn ihm nur die nötige Nahrung zugeführt würde, dieser Arbeit treu bliebe. Möge Alldeutschland unser Vertrauen kräftigen und stärken!

Alldeutschland! Ich höre dieses stolze Wort und erinnere mich eines ähnlich klingenden: Großdeutschland. Man fürchtet bei uns in Oberschlesien, daß mit Oberschlesien zugunsten des alten großdeutschen Gedankens Kuhhandel getrieben werden könnte, daß etwelche Ideologen die Idee aufwerfen könnten: Gebt uns Deutsch-Österreich für Oberschlesien.

Deutschland hüte sich, etwa diesem Gedanken Raum zu geben, in solchen Tausch zu willigen. Es könnte auch dann, ein zwar größeres Hungerland, nicht bestehen. Deutsch-Österreich muß uns im Laufe der Zeiten von selbst zufallen. Ein einmal verlorenes Oberschlesien aber wäre für immer verloren.

Fr.

Dänemark gegen den Friedensvertrag.

Gegen die Schaffung neuer Irredentaländer.

Kopenhagen, 10. Mai.

Die Bestimmung der Friedenskonferenz, daß in Schleswig auf rein deutschem Gebiete noch eine dritte Abstimmungszone geschaffen werden soll, beschäftigt die hiesigen politischen Kreise und die Presse im höchsten Maße. Am Montag wird der Reichstag zur Beratung der durch die Bestimmung der Friedenskonferenz geschaffenen Lage eine Geheimsitzung abhalten. Aus allen veröffentlichten Erklärungen politischer und anderer hervorragender Persönlichkeiten geht mit größter Klarheit hervor, daß der größte Teil des dänischen Volkes in dieser Frage geschlossen hinter Regierung und Reichstag stehen.

Gegenüber einem Vertreter des dänischen nordschleswigschen Blattes „Dannevirke“ erklärte Ministerpräsident Zahle: Wir erstreben einen dänischen Nationalstaat. Wir wünschen alle Dänen vereinigt, aber wir wünschen nur den Anschluß von solchen, die dänisch sind aus Ueberzeugung und von Herzen. Wir wollen nicht, daß Leute unter Dänemark kommen aus ökonomischen Gründen, wenn sie auch einer anderen Nation angehören.

Der frühere Ministerpräsident Reichstagsabgeordneter Neergard sagte gegenüber demselben Pressevertreter: Es ist überflüssig zu sagen, daß ich ebenso wie die anderen Mitglieder der dänischen Delegation für Schleswig an unserem früheren Standpunkt festhalte. Wir haben eine Abstimmung so weit nach Süden gewünscht, als es überhaupt ein dänisches Volkselement von einigermaßen Bedeutung gibt. Dagegen wünschen wir nicht die Einverleibung von Gebieten mit einheitlich deutscher Bevölkerung. **Diese wäre für Dänemark eine große nationale Gefahr, denn das deutsche Element würde dann in Schleswig das Uebergewicht erhalten.**

Der Reichstagsabgeordnete Sigvald Olven, Mitglied der dänischen Delegation für Schleswig, erklärte: wir wurden durch die Nachricht von der Schaffung einer dritten Abstimmungszone überrascht und erschreckt. Meine Gruppe wird jede Bestrebung unterstützen, die darauf hinausgeht, eine Abstimmung in der dritten Zone zu verhindern, da die Bevölkerung selbst nicht aus nationalen, sondern aus ökonomischen Gründen stimmen würde. Wir würden es als ein Unglück betrachten, solche Bevölkerungsbestandteile zu erhalten. Im übrigen glaube ich, daß Deutschland, wenn es sich erst wieder emporgearbeitet haben wird, seiner Bevölkerung ebenso gute soziale Bedingungen bieten kann, als Dänemark.

Der Professor der Nationalökonomie an der Kopenhagener Universität, Mitglied des Reichstages Dr. Birck führte aus: Welche moralische Berechtigung auch ein Sieger haben mag, den Fuß auf den Nacken des geschlagenen Feindes zu setzen, so ist unser Verhältnis und unser Recht gegenüber Deutschland nicht dasjenige eines Siegers. Unser Recht ist ein Recht des Blutes und der Zusammengehörigkeit. Aber dieses Recht wird nicht erfüllt durch eine Abstimmung unter Deutschen und unter Bedingungen, bei denen eine Losreißung von Deutschland die Befreiung von dem Anteil an der Kriegsschuld und von einer ökonomischen Anarchie bedeuten würde.

Nationalitätenprinzip — nicht Annexion!

TU **Kopenhagen, 10. Mai.**

Nach einer gestern stattgefundenen Konferenz des Ministeriums mit dem politischen Ausschuß des Reichstages über die Bestimmungen des Friedensvertrages betreffend die Abstimmung in einer dritten südlichen schleswigischen Zone wurde dem dänischen Gesandten in Paris eine telegraphische Mitteilung zugesandt, in der ausgesprochen wird, daß Regierung und Reichstag an ihrem ehemaligen Standpunkte festhalten, der die Lösung der nordschleswigischen Frage auf Grund des Nationalitätenprinzips fordert.

Die Gärung in Mitteldeutschland.

Kr **Weimar,** 10. Mai.

Eigener Drahtbericht.

Infolge der skandalösen Vorgänge gelegentlich des in Eisenach gestern nachmittag erfolgten Aufruhrs, in dessen Verlauf der Oberbürgermeister sowie der Bezirksdirektor gezwungen wurden, mit roten Fahnen an der Spitze des Zuges zu marschieren und dann schwer mißhandelt wurden, sowie im Hinblick auf den nächtlichen Raubüberfall auf ein Rittergut bei Eisenach, wobei sogar mit Handgranaten geworfen wurde, fand heute morgen in Weimar eine längere Regierungskonferenz statt. Reichswehrminister Noske wurde telegraphisch dringend ersucht, sofort genügend Truppen nach Eisenach zu schicken, um dort zur Dämpfung der Unruhen sowie zur Verhinderung weiterer Demonstrationen sofort die nötigen Maßnahmen zu treffen. Beides wurde zugesagt. Leider sind die vor dem Landgericht verbrannten Akten insofern von großer Bedeutung, als sie dem Grundbuchamt entstammen und sehr schwer zu ersetzen sind.

In einer in Erfurt stattgefundenen Delegierten-Konferenz der Thüringer Arbeiterräte wurde beschlossen, Protest gegen die Belegung thüringischer Städte mit Reichswehrtruppen zu erheben und falls die Belegung erfolgen sollte, den Generalstreik in Thüringen zu proklamieren.

Heute hat der größte Teil des Landjägerkorps Weimar verlassen und ist mit dem gesamten Material nach Leipzig abgerückt, wo Privatnachrichten zufolge neue Putsche der Unabhängigen zur Einführung der Räterepublik in Aussicht stehen.

An den Schandpfahl!

Rd **Gotha, 10. Mai.**

Eigener Drahtbericht.

Die aus Unabhängigen bestehende Landesregierung von Gotha lehnt die Reichstrauer ab. Sie erklärt, sie erlebe durch die Friedensbedingungen keine „bittere Enttäuschung“.

Kleine Nachrichten.

Die Reichsregierung hat zu Montag, den 12. Mai, mittags 1 Uhr, den Staatenausschuß nach Berlin einberufen.

*

Um den Verhandlungen des Staatenausschusses und der Nationalversammlung anläßlich der Friedensverhandlungen beizuwohnen, wird sich der sächsische Ministerpräsident Dr. Gradnauer in Begleitung des Leiters der Staatskanzlei, Ministerialdirektor Dr. Schulze, nach Berlin begeben.

*

Auf Anforderung der Friedensdelegation in Versailles begaben sich der Gouverneur Haber und als kolonialer Sachverständiger Senator Strondes aus Hamburg zur Bearbeitung des in Versailles vorliegenden Materials nach dort. Im Reichskolonialministerium ist gestern nachmittag ein besonderer Ausschuß kolonialer Sachverständiger zu einer Beratung zusammengetreten.

*

Das bayerische Ministerium des Innern hat im Hinblick auf die Friedensbedingungen für die Zeit vom 13. bis 20. Mai eine Landestrauer angeordnet.

*

Von der Flotte des Norddeutschen Lloyd sind, wie unser Vg-Korrespondent aus Bremen schreibt, den Ententemächten auf Grund der Waffenstillstandsbedingungen bis jetzt im ganzen 24 Dampfer mit 195 019 Bruttoregistertonnen zur Verfügung gestellt worden. In neutralen Ländern befinden sich im ganzen 15 transatlantische Dampfer des Norddeutschen Lloyd mit 108 641 Bruttoregistertonnen. In Feindesland befinden sich im ganzen 52 transatlantische Dampfer des Norddeutschen Lloyd mit 425 542 Bruttoregistertonnen.

*

Die Hamburger Universität wurde gestern in Anwesenheit des Unterstaatssekretärs Dr. Becker, als Vertreters der preußischen Regierung, feierlich eröffnet.

*

Der frühere Reichstagsabgeordnete Fischer hat, wie unser Bd-Korrespondent aus Dresden drahtet, auf das auf ihn gefallene Mandat zur Deutschen Nationalversammlung verzichtet. An seiner Stelle wird Frau Kurth-Dresden (Soz.) in die Nationalversammlung eintreten.

*

Die Deutsche demokratische Fraktion hielt gestern in Berlin eine Versammlung ab, die einheitlich von der Anschauung beherrscht war, daß der von der Entente vorgelegte Friedensvertrag als vertragswidrig, unsittlich, unerfüllbar und deshalb als unannehmbar zu bezeichnen ist. In diesem Sinne wird die Fraktion auch bei der am Montag beginnenden Plenarverhandlung der Nationalversammlung unzweideutig Stellung nehmen.

Unser Recht.

Von

Freiherr von Richthofen,

Mitglied der Deutschen Nationalversammlung und Preußischen Landesversammlung.

Was wir in diesen schicksalsschweren Tagen vor allem brauchen, ist eine Einigkeit unseres Volkes, soweit sein durch die Revolution gestörtes Gleichgewicht dies nur überhaupt zuläßt. Man wird nicht behaupten können, daß manche Ausführungen rechtsstehender Blätter geeignet sind, eine solche Einigkeit zu fördern. Bedrückt durch die unsäglich traurigen Folgen ihrer verfehlten Kriegspolitik, versuchen diese Organe immer wieder von neuem den Warnern aus den Zeiten des Krieges vorzuhalten, wie sehr sie sich angeblich mit ihrem Eintreten für einen Frieden der Verständigung in dem Charakter und in den Zielen unserer Feinde geirrt hätten. Hier soll heute darauf nicht näher eingegangen werden. Wir haben anderes zu tun, als Polemiken zu führen. Nur weil es auch dem feindlichen Auslande und der ganzen Welt gegenüber von einer großen Bedeutung ist, sei kurz das folgende noch einmal festgestellt.

Es ist eine völlige Verdrehung der Tatsachen, wenn man glauben machen will, die Vertreter des Gedankens eines Rechts- und Verständigungsfriedens hätten sich törichten Illusionen über unsere Feinde, und zwar insbesondere über Franzosen und Engländer hingegeben. Im Gegenteil, es war für jeden Kenner der Verhältnisse vollständig klar, daß ähnlich wie bei uns, mit diesen oder jenen abweichenden Schattierungen, in den feindlichen Ländern West-Europas hauptsächlich zwei von Grund aus verschiedene weltpolitische Anschauungen miteinander kämpften. Auf der einen Seite ein schonungsloser, haßerfüllter Imperialismus, der nur die ureigensten Interessen des betreffenden Staates ohne jede Rücksicht auf die Zukunft des Menschheitsgeschlechts gelten lassen wollte; auf der anderen die Anhänger der Anschauung, daß die furchtbaren Lehren dieses Krieges nicht vergebliche sein dürfen und daß nur ein Frieden der Gerechtigkeit und Völkerversöhnung imstande sein werde, unsere Kinder und Kindeskinder vor einem ähnlichen grauenhaften Schicksal zu bewahren. Es war ohne weiteres ersichtlich, daß der Triumph der Imperialisten um so sicherer sein würde, je vollkommener der von einer Partei errungene Sieg war. Wer also als Deutscher mit sorgender Liebe für sein Vaterland und ungetrübten Blickes den voraussichtlichen Verlauf des Weltkrieges erwog, der mußte eigentlich von den Augusttagen des Jahres 1914 an, sicherlich aber nach der Marneschlacht, mit allen politischen Kräften und allem Sehnen seines Herzens dem Frieden der Verständigung zustreben. Denn nur so konnte Deutschland vor dem furchtbaren Schicksal der Auslieferung an den feindlichen Imperialismus bewahrt bleiben. Die Männer und politischen Parteien, die auf unsere Politik während des Weltkrieges den maßgebenden Einfluß geübt haben, haben die ganze Art des Krieges niemals verstanden und in Unkenntnis des Auslandes sich von den eigentlichen Machtmitteln unserer Gegner stets eine falsche Vorstellung gemacht. Nie waren sie bereit, die Konzessionen zu machen, ohne die ein Frieden überhaupt nicht denkbar war. Und vom Größenwahn mit Blindheit geschlagen, stießen sie die Hand des Präsidenten der Vereinigten Staaten zurück, der nicht nur den Willen, sondern auch die Macht besaß, die Imperialisten aller Länder an den Friedenstisch zu zwingen. Wir weigerten uns dieses Angebotes, wir gingen noch weiter und machten uns Amerika zum Feinde. Und so sind wir es geworden, denen der bittere Gang nach Versailles von fast der Gesamtheit der Völker der Erde auferlegt wurde.

Als dann im Oktober 1918 der militärische Verlust des Krieges offenkundig wurde, da werden gerade die, denen der Verlauf des Krieges leider allzusehr recht gegeben hatte, ebensowenig wie vorher die schlechteren Kenner des feindlichen Auslandes gewesen sein. Die Wahl, vor der wir standen, war auf das Aeußerste begrenzt. Wir konnten einen Todeskampf führen, der nach Abfall der Bundesgenossen in wenigen Wochen zur Zertrümmerung des Deutschen Reiches und zur Ueberflutung unseres Landes durch fremde Kriegerscharen geführt und noch den Rest deutscher Mannheit aufs Blachfeld gelegt hätte. Oder wir mußten versuchen, an Stelle der Macht, auf der wir bisher gefußt hatten und die uns durch die Ergebnislosigkeit des U-Bootkrieges, durch die steigenden militärischen Kraftmittel unserer Feinde und nach der fehlgeschlagenen deutschen Offensive verloren gegangen war, den Boden des Rechts zu gewinnen. Das ist damals, soweit es bei der Lage der Dinge irgend möglich war, durch den Notenwechsel mit der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika erreicht worden. Dieser Notenwechsel stellt einen völkerrechtlichen Vertrag dar, bei dem Leistungen auf beiden Seiten vorliegen, oder zum mindesten vorgelegen haben. Gewiß hat der Präsident von Frankreich, Herr Poincaré, Recht, wenn er in seiner letzten Rede ausgeführt hat, daß die Entente und mit ihr Frankreich im Winter 1918—19 den völligen militärischen Zusammenbruch des deutschen Heeres hätte herbeiführen und den Einmarsch in Berlin und in allen deutschen Städten und Gauen hätte erzwingen können. Aber ohne weiteres wäre das für die Entente nicht möglich gewesen. Der deutsche Verzweiflungskampf hätte auch den Franzosen und ihren Bundesgenossen unzählige Menschenleben gekostet. Die Entente wußte daher sehr wohl, was sie tat, als sie ihre in den Noten des Staatssekretärs Lansing niedergelegte Verpflichtung zum Rechtsfrieden auf Grund der 14 Punkte Wilsons einging.

An diese Tatsache soll man heute die Welt erinnern. Sie bildet die Grundlage für das am gestrigen Tage den Ententeregierungen von der deutschen Friedensdelegation übergebene Schreiben. Völkerrechtliche Verträge haben keinen Richter über sich, und diese Schwäche wohnt selbstverständlich auch den Novemberabmachungen vom Jahre 1918 inne. Kein verständiger Mensch wird sich beim Abschluß hierüber im Unklaren gewesen

Theater, Konzerte usw.

Spielplan für Sonntag, 11. Mai

Opernhaus. Nachm. 2 Uhr: 11. Volksvorstellung: **Mignon.** Abends 7 Uhr: **Mignon.**

Schauspielhaus. Nachm. 2 Uhr: 15. Volksvorstellung: **Heimat.** Abends 7 Uhr: **Coriolan.**

Direkt.: Max Reinhardt: **Deutsches Theater.** 2½ Uhr: **Frühlings-Erwachen.** 7½ Uhr: **Und das Licht scheint in der Finsternis.**

Kammerspiele. 2½ Uhr: **Minna von Barnhelm.** 7½ Uhr: **Der Kinderfreund.**

Kleines Schauspielhaus. 7½ Uhr: **Die Büchse der Pandora.**

Dir.: Victor Barnowsky. **Lessing-Theater.** 7 Uhr: **Dies irae.**

Deutsches Künstler-Th. 7 Uhr: **Das Schloß am Wannsee.**

Dir. Meinhard-Bernauer **Theater i. d. Königgr. Str.** 3 Uhr: **Der Katzensteg.** 7 Uhr: **Die Stützen der Gesellschaft.**

Komödienhaus. 3 Uhr: **Die Ehre.** ½8 Uhr: **Feldherrnhügel.**

Berliner Theater. 3 Uhr: **Die tolle Komteß.** 7 Uhr: **Sterne, die wieder leuchten.**

Volksb.-Th. a. Bülow-Pl. 3 Uhr: **Penthesilea.** 7½ Uhr: **Penthesilea.**

Residenz-Theater. 7½ Uhr: **Das höhere Leben.**

Trianon-Theater. 7½ U.: **Der gute Ruf.**

Central-Theater. Kommandantenstr. 57. 7½ Uhr: **D. Schönste von Allen.**

Deutsches Opernhaus. 7 Uhr: **La Traviata.**

Friedrich-Wilhelmst. Th. 3 U.: **D. Dreimäderlhaus.** 7½ Uhr: **Das Dorf ohne Glocke.**

Kleines Theater. 3½ Uhr: **Liebelei.** 7½ Uhr: **Liebelei.**

Komische Oper. 7½ Uhr: **Schwarzwaldmädel.**

Lustspielhaus. 7¾ Uhr: **Die spanische Fliege.**

Metropol-Theater. 3 Uhr: **Wiener Blut.** 7 Uhr 10 Min.: **Die Faschingsfee.**

Neues Operettenhaus. Schiffbauerd. 4a, Norden 281. 7½: **Die keusche Susanne.**

Palast-Theater. 3 Uhr: **Der Mikado.** 7½ Uhr: **Die G'schamige. Die Frau ohne Beruf. Hauptreffer 33. Ballett.**

Schiller-Theater Charl. 3 Uhr: **Ein Volksfeind.** 7½ Uhr: **Alt-Heidelberg.**

Thalia-Theater. 3 U.: **Polnische Wirtschaft.** 7¼ Uhr: **Zur wilden Hummel.**

Theater a. Nollendorfpl. 3½ U.: **Drei alt. Schachteln.** 7 U.: **Wo die Lerche singt.**

Theater des Westens. 3 Uhr: **Rigoletto.** 8 Uhr: **Wo die Liebe hinfällt.**

Theater d. Friedrichstadt 7¾ U.: **Hutmach. S. Durchlaucht.**